



Marc Engelhart / Mehmet Arslan

Schutz von Staatsgeheimnissen im Strafverfahren

Eine Studie zur Europäischen Menschenrechtskonvention

Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches
und internationales Strafrecht

Reihe S: Strafrechtliche Forschungsberichte, Band 169

XIV, 199 Seiten, 2021

ISBN 978-3-428-18088-2, franz. Br., € 32,-

Menschenrechte umfassen auch justizielle Garantien. Diese Garantien können jedoch nur bedingt verwirklicht werden, wenn in Gerichtsverfahren zum Schutz von Staatsgeheimnissen Beweismittel zurückgehalten werden, die zur Aufklärung des infrage stehenden Sachverhalts benötigt werden. Besonders problematisch ist dies im Strafverfahren, wo erhebliche Folgen für die Beschuldigten, für die Opfer, aber auch für die Strafgerechtigkeit entstehen können. Tangiert wird hierdurch nicht zuletzt das Recht des Beschuldigten auf ein faires Verfahren im Sinne von Art. 6 Abs. 3 lit. d EMRK.

Die vorliegende Abhandlung geht zunächst auf die Erscheinungsformen des staatlichen Geheimnisschutzes durch die Verwaltung und speziell durch die Strafverfolgungsorgane ein. Dabei wird besonderes Augenmerk darauf gelegt, wie der Geheimnisschutz in gerichtlichen Verfahren verwirklicht wird. Im Anschluss daran erfolgt eine eingehende Analyse und Bewertung der Möglichkeiten und Grenzen von Beschränkungen des Fragerechts des Beschuldigten. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht die Herausarbeitung eines menschenrechtlich orientierten Ansatzes auf Grundlage der Rechtsprechung des EGMR, um einen angemessenen Ausgleich zwischen staatlichen Interessen wie dem Schutz der nationalen Sicherheit und individuellen justiziellen Garantien zu erreichen.

Inhalt

Einführung

1. Staatliche Geheimnisse und Menschenrechte

Erscheinungsformen des staatlichen Geheimnisschutzes — Prozessualer Schutz im Gerichtsverfahren — Einschränkung der Menschenrechte

2. Leitgedanken eines menschenrechtlichen Ansatzes

Erste Anknüpfungspunkte für eine menschenrechtliche Erfassung der staatlichen Geheimnisse bzw. nationalen Sicherheit — Konventionsrechtliche Vorgaben für das nationale Gerichtsverfahren — Merkmale der Prüfung des EGMR

3. Schutz von Staatsgeheimnissen im Strafverfahren

Grundsätze einer fairen Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung — Einschränkung der Beschuldigtenrechte durch den prozessualen Schutz von Staatsgeheimnissen im Gerichtsverfahren —



Rechtfertigungsgründe — Maßnahmen des primären Schutzes von Staatsgeheimnissen — Maßnahmen des sekundären Schutzes von Staatsgeheimnissen

4. Folgerungen und Zwischenergebnis

5. Befragung von Belastungszeugen als Garantie eines fairen Verfahrens

Hinführung — Historische Entwicklung: Erste Phase — Historische Entwicklung: Zweite Phase

6. Gewährleistungsinhalt des Befragungsrechts

Sachlicher Inhalt der konfrontativen Befragung — Zeitliche Geltung des Art. 6 Abs. 3 lit. d EMRK — Gerichtliche Pflichten

7. Beschränkungen des Befragungsrechts

Einschränkungsgründe — Entscheidungsprozess zum Schutz von Staatsgeheimnissen beim Zeugenschutz — Gefährdung des Belastungszeugen — Gewicht der nicht geprüften Zeugenaussagen bei einer Verurteilung — Verhältnismäßigkeit zwischen dem Rechtfertigungsgrund und der konkreten Einschränkung — Prozessualer Ausgleich

8. Einzelmaßnahmen zum Schutz von Belastungszeugen

Ausschluss der Öffentlichkeit — Vernehmung des Belastungszeugen unter Geheimhaltung seiner Identität — Vernehmung mit räumlicher, akustischer oder optischer Abschirmung — Ausschluss des verteidigten Beschuldigten — Ausschluss der Verteidigung — Verwendung von Beweissurrogaten

Ausblick

Literaturverzeichnis

Zentrale Entscheidungen